



Overbeck (r.) beim SPIEGEL-Gespräch in seinem Düsseldorfer Büro*: „Ich habe keinen Streit angezettelt“

„Jeder Tag kostet uns viel Geld“

Mannesmann-Chef Egon Overbeck über den Konflikt um die Montan-Mitbestimmung

SPIEGEL: Herr Overbeck, haben Sie eigentlich bedacht, welchen Ärger Ihre Pläne auslösen würden?

OVERBECK: Wir haben schon mit Schwierigkeiten, aber nicht mit einer so lebhaften Reaktion gerechnet.

SPIEGEL: Dann haben Sie die politische Brisanz nicht erkannt.

OVERBECK: Mag sein. Aber lassen Sie mich gleich zu Beginn eines offenen Sagen: Ich bin der Meinung, daß der SPIEGEL durch Meinungsmache dieses Thema ungeheuer angeheizt hat.

SPIEGEL: Es ist unsere publizistische Aufgabe, über die Vorgänge bei Mannesmann zu informieren.

OVERBECK: Trotzdem muß ich Ihnen ins Stammbuch schreiben, daß der SPIEGEL einseitig berichtet hat.

SPIEGEL: Das ist Ihre Sicht. Glauben Sie denn, Sie hätten den Konflikt im kleinen Kreis austragen können — vier Monate vor der Bundestagswahl?

OVERBECK: Warum eigentlich nicht. Es geht doch um die Zukunft der Mannesmannröhren-Werke. Ein Vorstand hat dafür zu sorgen, daß das Unternehmen gesund ist. Unsere größte Tochter, die Röhren-Gesellschaft, hat diese Gesundheit verloren. Trotz umfassender Rationalisierungsmaßnahmen können wir im Röhrengeschäft mit den billiger produzierenden Japa-

nern nicht mithalten. Es ist unsere Pflicht, das Notwendige zu tun, um die Verluste wegzubekommen.

SPIEGEL: Verluste machen Sie in diesem Bereich schon seit zwei Jahren. Da muß es doch verwundern, daß Sie das Notwendige zufällig jetzt — mitten im Wahlkampf — durchführen wollen.

OVERBECK: Wir konnten erst in jüngster Zeit erkennen, daß unsere ständigen Rationalisierungsbemühungen nicht ausreichen, wieder international wettbewerbsfähig zu werden. Weil die Preise auf den Weltmärkten von den Japanern diktiert werden, können wir nur noch bei den Kosten etwas erreichen. Wenn wir zwei Drittel unserer Produktion exportieren, dann hängen davon auch zwei Drittel der Arbeitsplätze ab. Das weiß auch die Gewerkschaft.

SPIEGEL: Es geht Ihnen doch nicht nur darum, Kosten zu sparen.

OVERBECK: Worum denn sonst wohl?

SPIEGEL: Sie wollen die Montan-Mitbestimmung loswerden. Und die Vorwahlzeit, in der sich die um Profilierung bemühten Parteien gegenseitig blockieren, schien Ihnen dafür wohl der rechte Zeitpunkt.

* Mit Redakteuren Richard Rickelmann und Rudolf Wallraf.

OVERBECK: Da spekulieren Sie falsch. Wir können mit unserer Geschäftspolitik nicht Rücksicht nehmen auf Bundestags- oder Landtagswahlen oder andere politische Zweckmäßigkeiten. Meine Kollegen und ich werden dafür bezahlt, die als notwendig erkannten Maßnahmen so schnell wie möglich durchzuführen.

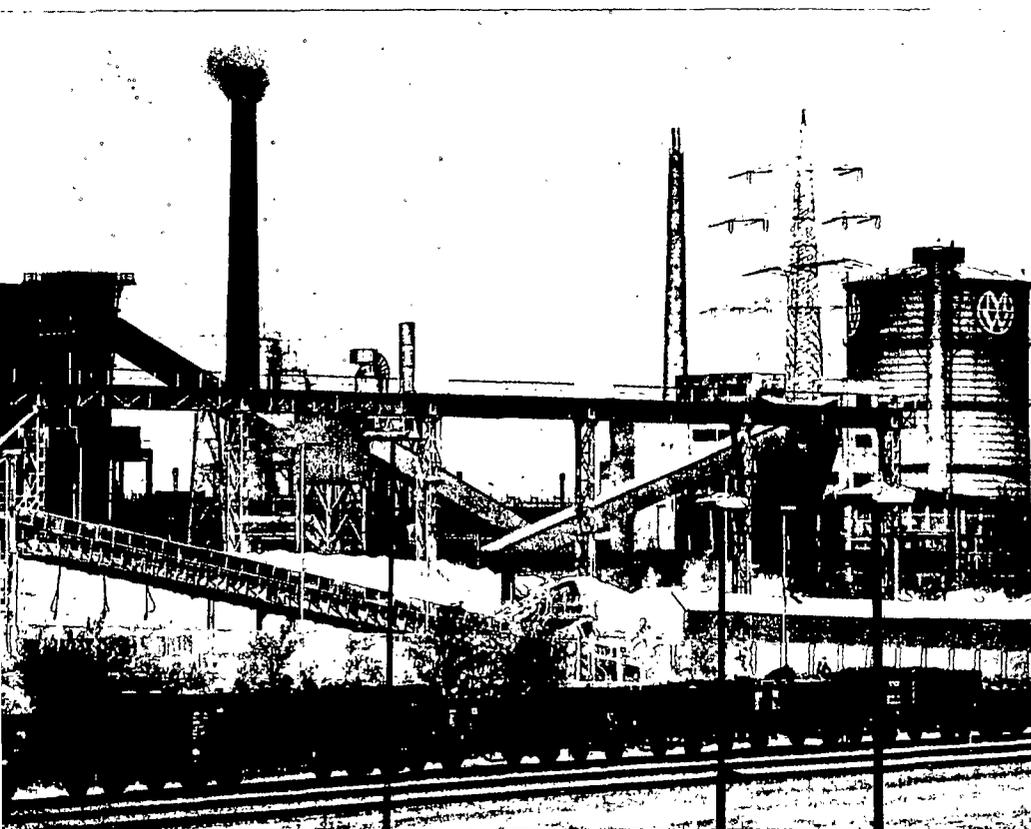
SPIEGEL: Wenn Sie gerade jetzt die Montan-Mitbestimmung abschaffen wollen ...

OVERBECK: ...wir schaffen doch nicht die Montan-Mitbestimmung ab. Wir haben ein optimales Modell für eine nachhaltige Kostensenkung. Dadurch entfällt allerdings nach dem geltenden Gesetz für die Mannesmann AG, nicht aber für die Hütten- und Röhrenwerke, die Montan-Mitbestimmung von 1951. Sie können mir glauben, daß wir vorher alle Alternativen zu unserem Modell durchgespielt haben.

SPIEGEL: Und damit haben Sie bewußt eine Machtprobe mit den Gewerkschaften heraufbeschworen.

OVERBECK: Wir haben das nicht zu einer Machtprobe gemacht.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, daß Sie mit der Zustimmung der IG Metall gerechnet haben?



Mannesmann-Hüttenwerk: „Für die IG Metall ...“

OVERBECK: Ja, genau.

SPIEGEL: Mit anderen Worten, Sie haben sich im Vorstand vorher nicht gefragt, welche Folgen Ihre Politik hat?

OVERBECK: Wir sind davon ausgegangen, daß die SPD, die CDU/CSU und die FDP, die alle das Mitbestimmungsgesetz von 1976 gemeinsam verabschiedet haben, auch gegen eine Anwendung bei Mannesmann nichts einwenden würden. Der Gesetzgeber hat den Wechsel zwischen den verschiedenen Formen der Mitbestimmung gewollt, wenn sich die Voraussetzungen ändern. Und ich war und bin der Ansicht, daß Gesetze auch für die Gewerkschaften gelten.

SPIEGEL: Hätten Sie denn mit dem Konflikt trotzdem nicht bis nach der Wahl warten können?

OVERBECK: Nein, weil jeder Tag, den wir noch warten, Mannesmann und seine 180 000 Kleinaktionäre viel Geld kostet.

SPIEGEL: Dann verstehen wir aber nicht, wieso Sie, Herr Dr. Overbeck, am vorigen Montag in den Verhandlungen mit der IG Metall sich bereit erklärten, Ihre Pläne ein halbes Jahr hinauszuschieben.

OVERBECK: Wir haben an der hartnäckigen Diskussion mit der IG Metall erkannt, daß die Montan-Mitbestimmung für diese ein ungeheurer Dollpunkt ist. Und weil wir nun mal mit der Gewerkschaft leben müssen und auch Mannesmann für den sozia-

len Frieden ist, sind wir auch bereit, sechs Monate lang, aber nicht länger, den materiellen Nachteil in Kauf zu nehmen. Damit gewinnt das Parlament Zeit, wenn es will, die Montan-Mitbestimmung nach dem Montanmitbestimmungs-Ergänzungsgesetz von 1956 bei Mannesmann zu sanktionieren oder es bei dem geltenden Recht zu belassen. Ich verstehe nicht, warum die Gewerkschaften das nicht akzeptieren.

SPIEGEL: Der Grund liegt auf der Hand. Sie setzen doch offenkundig darauf, daß die Parteien untätig bleiben.

OVERBECK: Das können Sie nicht unterstellen.

SPIEGEL: Wenn Ihnen so sehr am sozialen Frieden gelegen ist, warum haben Sie dann nicht den Vorschlag der IG Metall, der schon jetzt die Montan-Mitbestimmung sichert, akzeptiert?

OVERBECK: Weil der Vorschlag der IG Metall nur die zweitbeste Lösung ist, wir aber im Interesse des Unternehmens und seiner Mitarbeiter verpflichtet sind, die beste Lösung zu finden und zu verwirklichen.

SPIEGEL: Den Beweis dafür, daß nur mit Ihrem Plan Einsparungen von 50 Millionen Mark zu erzielen sind, sind Sie bis heute schuldig geblieben.

OVERBECK: Ich habe die einzelnen Einsparungsmöglichkeiten im Aufsichtsrat dargelegt. Allein in ungefähr zwanzig Bereichen, von der Vorrathaltung bis zur Datenverarbeitung, können durch die Verschmelzung von Röhren- und Hüttenwerken doppelte Belastungen abgebaut werden.

SPIEGEL: Wir hören von Ihnen immer die Summe von 50 Millionen Mark. Das glaubt auch die IG Metall mit ihrem Modell schaffen zu können.

OVERBECK: Das ist nicht in vollem Umfange möglich. Außerdem geht es nicht nur um die Einsparung von jährlich 50 Millionen Mark, sondern um die Zusammenführung der Hütten- und Röhrenwerke zu einer Einheit mit einheitlicher Führung und Ergebnisverantwortung und einer einzigen Belegschaft.

SPIEGEL: Wo bleiben dabei die Interessen der Belegschaft?



... ist das ein ungeheurer Dollpunkt“: Stahlproduktion

OVERBECK: Die Arbeitsplätze sicher zu machen, die Mitarbeiter zu fördern, sie zu motivieren, das sind Hauptaufgaben eines Vorstands. Er wird dabei unterstützt von einer Führungsmannschaft, die in sich geschlossen sein muß.

SPIEGEL: Also geht es Ihnen doch auch darum, Ihre Führungsmannschaften von lästigem Dreinreden der Betriebsräte und Gewerkschaften zu befreien?

OVERBECK: Ich wiederhole es noch einmal: Es geht uns um die Zukunft von Mannesmann. Bei der Gestaltung dieser Zukunft werden wir wie bisher mit Betriebsräten und Gewerkschaften zusammenarbeiten. Des Weiteren bringt unser Vorschlag nach dem Montanmitbestimmungs-Ergänzungsgesetz von 1956 eine größere Vertretung unserer Mitarbeiter im Aufsichtsrat der Gesellschaft, nämlich sechs Mannesleute statt nur vier wie heute. Das IG-Metall-Konzept ist ein künstliches Modell, konzipiert mit dem einzigen Zweck, die Montan-Mitbestimmung zu erhalten. Betriebswirtschaftlich gesehen ist der Vorschlag der Gewerkschaft der eindeutig schlechtere.

SPIEGEL: Wenn Sie den Streit über die Modelle überwiegend unter ökonomischen Gesichtspunkten sehen, dann müssen Sie sich auch Versäumnisse vorbehalten lassen. Warum haben Sie Ihr Sparkonzept nicht schon vor Jahren vorgelegt?

OVERBECK: Wir haben leider diesen Schritt in den Jahren 1976/77 bei der Umorganisation des Unternehmens, das heißt, bei der Bildung von weitgehend selbständigen Führungsunternehmen, nicht vollzogen.

SPIEGEL: Also doch Managementfehler?

OVERBECK: Es bestand keine dringliche betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Wir hatten damals gerade zwei besonders gute Jahre. Die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs haben wir durchaus erkannt, nicht aber den explosionsartigen Anstieg der Kosten in der Bundesrepublik.

SPIEGEL: Oder war es auch politisch noch nicht durchsetzbar?

OVERBECK: Ich gebe zu, daß jedwede Umorganisation schon eine ganze Menge von Schwierigkeiten gebracht hätte.

SPIEGEL: Heute, drei Jahre vor Ihrer Pensionierung, können Sie den Krach mit den Gewerkschaften im Aufsichtsrat leichter riskieren. Vor vier Jahren ging es auch um Ihre Vertragsverlängerung.

OVERBECK: Das hat keine Rolle gespielt. Schon damals habe ich mich ohne Rücksicht auf meine anstehende Wiederbestellung im Bundestags-Hearing kritisch zu einigen Dingen, die ich bei der Montan-Mitbestimmung nicht

für gut halte, geäußert. Das Risiko, eventuell bei der Wiederbestellung Folgen meiner offenen Aussagen zu erleben, habe ich also schon hinter mir.

SPIEGEL: Welche Nachteile hat die Montan-Mitbestimmung?

OVERBECK: Wissen Sie, gerade in der brisanten Situation, in der wir uns heute befinden, würde jedes Urteil über die Bewährung der Montan-Mitbestimmung die weiteren Gespräche belasten.

SPIEGEL: Aber vielleicht können Sie uns sagen, ob Mannesmann heute besser dastünde, wenn Sie die Montan-Mitbestimmung schon vor Jahren abgeschafft hätten?

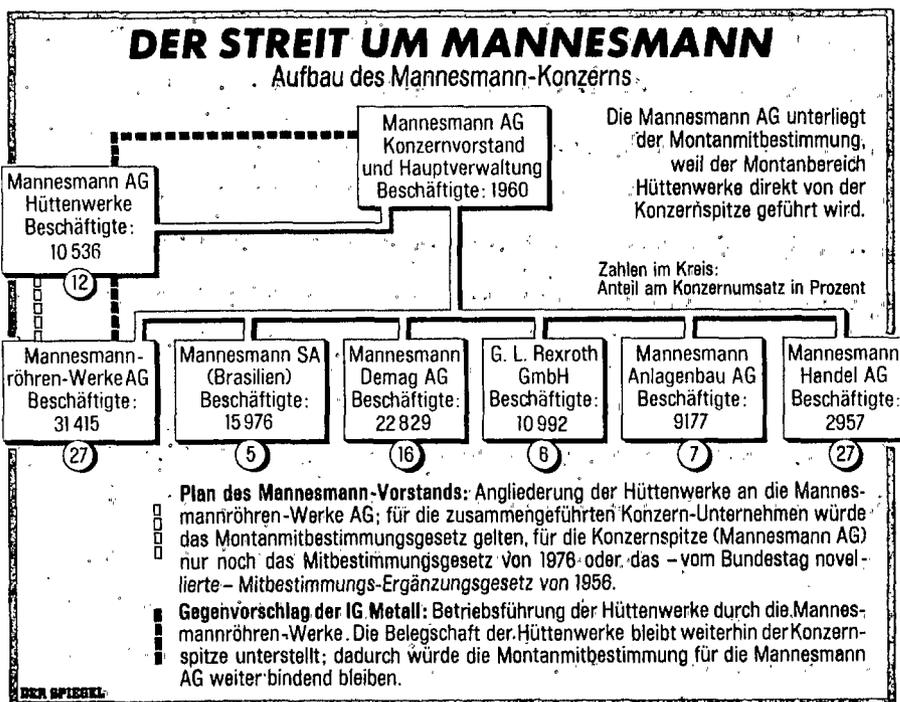
OVERBECK: Weder damals noch heute wird etwas abgeschafft. Wie die

uns den Willen zu einer Einigung nicht absprechen kann.

SPIEGEL: Das scheint uns kein Kompromiß zu sein. Sie haben nur den Politikern den Schwarzen Peter zugeschoben.

OVERBECK: Davon kann keine Rede sein. Ich habe einen Vorschlag gemacht, wie Bonn reagieren könnte. Ich kann mir vorstellen, daß sich eine breite parlamentarische Mehrheit findet, das Montanmitbestimmungs-Ergänzungsgesetz von 1956 geringfügig zu ändern, ohne das Mitbestimmungsgesetz von 1976 anzufasten.

SPIEGEL: Sie erwarten also, daß die SPD von ihrem Entwurf, der die Montan-Mitbestimmung für alle Zeiten sichern soll, abrückt.



jüngste Geschichte von Mannesmann ohne Montan-Mitbestimmung verlaufen wäre, das kann keiner sagen.

SPIEGEL: Ihre Kollegen aus der Stahlbranche haben offensichtlich gute Erfahrungen mit der Montan-Mitbestimmung gemacht. Viele von ihnen sind über Ihren Vorstoß gar nicht glücklich, weil Sie damit das soziale Klima Ihrer Branche belasten.

OVERBECK: Ich glaube, jeder sollte versuchen, der ihm übertragenen Verantwortung gerecht zu werden.

SPIEGEL: Ihre Aktionäre bestärken Sie darin. Seit neuestem stützen auch die Unternehmerverbände BDI und BDA Sie mit Durchhalteparolen. Ist das mit ein Grund für Ihre Kompromißlosigkeit?

OVERBECK: Es wäre doch nett, wenn Sie allmählich zur Kenntnis nehmen würden, daß wir einen Kompromiß vorgeschlagen haben, so daß man

OVERBECK: Wenn die SPD erkennen würde, daß ihr Entwurf keine Chance hat, dann halte ich sie für flexibel genug, eine andere Lösung des anstehenden Problems zu wählen.

SPIEGEL: Ist das nicht ein bißchen viel verlangt?

OVERBECK: Das hat es doch früher auch schon gegeben, daß Parteien ihre Gesetzesentwürfe geändert haben.

SPIEGEL: Herr Dr. Overbeck, Sie sind Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates...

OVERBECK: ...nein, bin ich nicht. Ich bin aber gelegentlich Gast bei diesen Veranstaltungen.

SPIEGEL: Der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, beklagte, daß die Unternehmerschaft sich zu wenig für die CDU und CSU einsetzt. Ist der von Ihnen angezettelte Streit um die Mitbestimmung Ihr Wahlbeitrag?

DEUTSCHLAND-POLITIK

Keine Hektik, bitte

Die Vorbereitungen für die Schmidt-Reise in die DDR gestalten sich schwierig.

Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde energisch.

Vor seinem sommerlichen Rumpfkabinett verwarf er sich am vorigen Mittwoch dagegen, an die Verlegung seines für Ende August geplanten Treffens mit SED-Generalsekretär Erich Honecker vom Ostseebad Dierhagen an den Werbellinsee in der Nähe von Berlin Spekulationen über das Ergebnis seiner Reise zu knüpfen.

Der Regierungschef: „Was heißt hier Erwartungen in Verträge? Das ist nicht der Zweck der Reise.“



Konferenzort Schloß Hubertusstock: Besser geschützt als Dierhagen

Das Gespräch mit Honecker solle sich, dozierte der Kanzler, so normal gestalten, wie seine gelegentlichen Unterredungen mit „Herrn Gierek“, dem polnischen Parteichef, und dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing.

Schmidt: „Da kann auch mal was bei rauskommen.“ Dennoch sollten die Kollegen doch gefälligst „mehr Gelassenheit und mehr Behutsamkeit“ an den Tag legen: „Keine Hektik, bitte.“

Dem Kanzler schien diese Predigt geboten, weil von der Union die Wahl des Werbellinsees als Beleg für den Vorwurf herhalten mußte, Schmidt sei „zur lenkbaren Figur der Ost-Berliner Regieassistenten und des Moskauer Regisseurs“ (CSU-Landesgruppenchef Fritz Zimmermann) geworden.

Tatsächlich hatte Gastgeber Honecker den Ort der Begegnungen gar nicht geändert. Denn bis zum Anfang letzter Woche hatten die Bonner aus Ost-Berlin weder eine formelle Bestätigung des Konferenzortes noch des Termins oder gar der Themenliste.

Bei Sondierungen hatten Honeckers Unterhändler jedoch angedeutet, daß Dierhagen erste Wahl sei, vor dem Werbellinsee und einem Treffpunkt in der Umgebung von Leipzig. Deshalb verdichtete sich bei einigen Bonner Offiziellen die Mutmaßung zur Information.

Die Entscheidung für den Werbellinsee fiel dann in Ost-Berlin, kurz bevor Honecker am vorigen Montag zu KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew auf die Krim reiste, um für den deutsch-deutschen Gipfel letzte Weisungen einzuholen. Weiteres änderte sich nicht: Schmidts bereits im Dezem-

OVERBECK: Erstens, ich habe keinen Streit angezettelt. Zweitens versuche ich Ihnen schon die ganze Zeit zu erklären, worum es mir eigentlich geht, nämlich um die Gesundheit unseres Röhren-Unternehmens und damit verbunden die Sicherung der Arbeitsplätze.

SPIEGEL: IG-Metall-Chef Eugen Loderer hat am vergangenen Donnerstag Interesse bekundet, die Verhandlungen mit Ihnen fortzusetzen. Sind auch Sie dazu bereit?

OVERBECK: Unser Kompromißvorschlag liegt auf dem Tisch. Wenn Herr Loderer mich sprechen möchte, stehe ich zur Verfügung.

SPIEGEL: Kann Bundeskanzler Schmidt noch helfen?

OVERBECK: Der Bundeskanzler ist politisch ein zu kluger Mann, als daß ich mir meinen Kopf darüber zerbrechen sollte, was er politisch für richtig hält. Wenn er mich sprechen will, stehe ich zur Verfügung.

SPIEGEL: Der Kanzler hat Sie bereits zu Beginn des Mitbestimmungskrachs um eine kompromißbereite Haltung gebeten.

OVERBECK: Der Kanzler hat sich von Herrn Dr. Christians, unserem Aufsichtsratsvorsitzenden, und mir informieren lassen, warum wir die geschilderten Maßnahmen ergreifen müssen. Für die Notwendigkeit, die Röhrengesellschaft wieder gesund zu machen, hatte der Bundeskanzler volles Verständnis.

SPIEGEL: Wir haben den Hinweis, daß Ihr Kompromißvorschlag ursprünglich von CDU-Chef Helmut Kohl stammt.

OVERBECK: Nein, das stimmt nicht.

SPIEGEL: Der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner äußerte seine Hoffnung, daß Sie mit der IG Metall ohne Bonner Zutun doch noch ins reine kommen.

OVERBECK: Das wollten wir auch. Da das aber nicht möglich war, müssen wir unserem Aufsichtsrat am 15. September den Kompromißvorschlag zur Zustimmung vorlegen . . .

SPIEGEL: . . . die Sie nicht bekommen werden, weil die Arbeitnehmerbank dagegen stimmt und der alles entscheidende 21. Mann wohl nicht in Ihrem Sinne votieren wird.

OVERBECK: Dann wissen Sie mehr als ich. Ich hoffe immer noch, daß alle Aufsichtsratsmitglieder unserem Beschluß zustimmen — auch die Arbeitnehmervertreter in der Erkenntnis, daß sie als Aufsichtsratsmitglieder eine Verantwortung gegenüber dem Unternehmen haben.

SPIEGEL: Herr Overbeck, wir danken Ihnen für das Gespräch.

ber vergangenen Jahres übermittelter Wunsch, in der Marienkirche von Rostock Orgel zu spielen und in Güstrow die Ernst-Barlach-Gedenkstätte zu besuchen. Der im Westen geäußerte Verdacht, die SED wolle Schmidt unbedingt von jedem Kontakt mit der Bevölkerung abschirmen, ist demnach nicht zu halten.

Es blieb auch dabei, daß Schmidt Reiseroute und Verkehrsmittel frei bestimmen kann. Hatte er sich zuvor für die Autofahrt von Hamburg nach Dierhagen entschieden, so reist er nun auf der direkten Strecke im Sonderzug von Hamburg zum Bahnhof Löwenberg, unweit von Schloß Hubertusstock am Werbellinsee.

In keiner Phase der Vorverhandlungen, so betonen Bonner Insider, hatte